

## **Antisemitismus heute**

**Juliane Wetzel**

(Podiumsdiskussion des Ludwig Boltzmann-Instituts für Historische Sozialwissenschaft  
und des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien am 9. Mai 2007)

Juden werden heute nicht mehr als „Rasse“ oder wegen ihrer Religion diskriminiert, sondern weil sie, antisemitischen Weltverschwörungstheorien gemäß, als Bedrohung per se wahrgenommen werden, die als Kollektiv vermeintlich die Welt beherrschen. Es wird unterstellt, „die Juden“ wären die Drahtzieher internationalen Politik, würden direkt oder zumindest im Hintergrund agierend die Finanz- und Medienwelt dominieren, aber auch aus dem Holocaust Profit schlagen, indem sie das Thema ständig präsent hielten, um Druck auf Regierungen und deren Verhalten – auch im Bezug auf Israel - auszuüben. Die Entwicklungen der letzten fünf Jahre haben gezeigt, welchen Mobilisierungseffekt der Nahost-Konflikt auf latente antisemitische Vorurteilsstrukturen hat. Diese aktuellen Formen des Antisemitismus werden jedoch häufig nicht als solche wahrgenommen, weil ihnen die rassistische Komponente fehlt, die als konstitutiv vorausgesetzt wird. Subtilere Formen des antijüdischen Vorurteils, wie etwa negative Zuschreibungen oder eine Gleichsetzung von Israelis und Juden bzw. der nationalsozialistischen Judenverfolgung mit dem Vorgehen des israelischen Militärs in den besetzten Palästinensergebieten, werden häufig nicht als mögliche Formen des antisemitischen Vorurteils akzeptiert. Deshalb stehen wir heute häufig vor dem Problem, dass antisemitische Äußerungen im linken oder globalisierungskritischen Spektrum ebenso wenig als Bestandteil des Stereotypenkatalogs gesehen werden wie jene, die sich vor allem bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Europa zeigen.

Waren und sind die Hauptvertreter des vergangenheitsbezogenen Antisemitismus in Europa vom extrem rechten bis hinein ins konservative Lager zu finden, bedienen sich eines nahostbezogenen Antisemitismus auch Akteure aus dem linken und dem islamistischen Spektrum. In der Definition des Feindes verschmelzen bei Globalisierungskritikern

antijüdische und antiamerikanische Verschwörungsmotive. Der Kontext „Nahostkonflikt“ hat auch dazu beigetragen, dass mit den USA als Schutzmacht Israels, aber auch als führende Kraft im Irak-Krieg und im „Krieg gegen den Terrorismus“ die traditionelle Verbindung von Antisemitismus und Antiamerikanismus wieder virulent ist. Ein gemeinsamer Nenner liegt wohl auch in dem verborgenen Motiv der Schuldabwehr bzw. der Aufrechnung: Indem Israel und die USA als „faschistisch“ in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt werden, erleichtert man sich die Last der eigenen Vergangenheit.

Der heutige Antisemitismus bedient sich alter Klischees, um einfache Antworten auf komplizierte weltpolitische Ereignisse und gesellschaftliche Probleme zu geben. In der arabischen Welt dient er auch als Katalysator für eine Abwehr moderner Denkstrukturen. In all diesen Kontexten ist der Antisemitismus nicht neu, es sind immer die alten Klischees, die häufig nur mit neuen Konnotationen versehen werden, um den Anschein von Aktualität zu vermitteln. In der bundesrepublikanischen Linken unterscheiden sich antisemitische/antizionistische Argumentationsmuster heute nicht wesentlich von jenen der 70er Jahre. Die Mär der jüdischen Weltmacht in Gestalt Israels, das an die Stelle „der Juden“ in der Stereotypisierung getreten ist, wird zum Sündenbock der Modernisierungsverlierer stilisiert. Im europäischen Diskurs gewinnt die Vorstellung, alleine eine Befriedung des Nahostkonflikts könne die Gräben zwischen der arabischen Welt und dem Westen schließen, immer mehr an Boden. Nur allzu leicht lässt sich daraus der Schluss ziehen, Israel, das als Kolonial- und Besatzungsmacht wahrgenommen wird, sei Schuld daran, dass diese Diskrepanz nicht überwunden werden könne.

Mechanismen sind vermeintlich harmlos geäußerte Fragen, wie „man wird doch wohl noch kritisieren dürfen“. Der Tabuverdacht, man dürfe sich angeblich nicht kritisch über die israelische Politik äußern, funktioniert wie jener des Kollektivschuldvorwurfs, den wir aus der bundesrepublikanischen Geschichte seit 1945 kennen – er dient der Abwehr und der Übertragung der Verantwortung auf andere. In beiden Fällen werden Juden als Schuldige für die angebliche Einschränkung der freien Meinungsäußerung ausgemacht. Der Diskurs dreht

sich auch und immer wieder um diese Frage des vermeintlichen Tabus. Hier gilt es deutlich zu machen, wo die Grenzen einer keineswegs in Frage gestellten legitimen Kritik an der israelischen Politik und einer Instrumentalisierung antisemitischer Inhalte zu ziehen sind. Die politischen Ereignisse im Nahen Osten dienen als Vehikel, um die Formen des traditionellen Antisemitismus in eine neue, weniger delegitimierte Form zu übersetzen, die heute in Europa bis hinein in den politischen Mainstream benutzt wird. Diese Kritik an der israelischen Politik und Regierung überschreitet dann eine Grenze zum Antisemitismus, wenn das Existenzrecht des Staates Israel in Frage gestellt oder gar negiert wird, eine Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus erfolgt oder Vergleiche zwischen dem nationalsozialistischen Völkermord an den Juden und dem Vorgehen des israelischen Militärs gezogen werden, mit der nicht nur häufig eine Umkehr der Täter-Opfer-Rolle einhergeht, sondern der gleichzeitig auch eine Verharmlosung des Holocaust impliziert. Eine solche Grenze wird ebenso deutlich überschritten, wenn Juden in Deutschland, Frankreich oder irgendwo sonst auf der Welt für die Politik in Israel verantwortlich gemacht werden, zur Rechenschaft gezogen werden oder sich gar tätlichen Übergriffen ausgesetzt sehen. Festzuhalten gilt auch, dass an Israel, im Vergleich zu anderen Staaten, nicht selten eine Doppelmoral angelegt wird. Israel steht im Gegensatz zu anderen Krisenherden auf der Welt täglich im Fokus der medialen Berichterstattung und nimmt im öffentlichen Diskurs eine bei weitem zentralere Rolle ein, als etwa der Sudan, Tschetschenien oder Ruanda.

Das Stereotyp einer vermeintlich jüdischen Weltverschwörung wird auf die aktuellen Ereignisse des Nahost-Konflikts projiziert. Europäische Rechtsextremisten verbreiten die These, die „Auschwitz-Lüge“ würde von jüdischer Seite benutzt, um mit Hilfe ihres Opferstatus moralischen Druck auf die USA, aber auch auf europäische Regierungen auszuüben. Zudem negiert die These von der „Auschwitz-Lüge“ auch die Gründung des Staates Israel als notwendige historische Konsequenz aus dem europäischen Antisemitismus. Genau an diesem Punkt wird diese rechtsextreme Propaganda für radikale islamistische Gruppen in ihrem Kampf gegen Israel ideologisch verwendbar. Ein jüdischer Opferstatus und das Existenzrecht Israels werden negiert. Hier hat ein Lernprozess stattgefunden, in dem

„revisionistisches“ Gedankengut, das früh und sehr prominent von französischen Intellektuellen propagiert (wie etwa François Garaudy) und durch sie in der arabischen Welt verbreitet wurde, über arabische Medien wieder nach Europa zurückfindet. Via Sattelitenfernsehen arabische Presseorgane sowie vor allem auch das Internet erreichen solche Vorurteile die muslimische Bevölkerung Europas und beeinflussen sie.

Hier nur einige Beispiele: Die SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün wird mit „Du Jüdin“ beschimpft, weil sie - wie ihre Kollegin, die Grünen-Abgeordnete Ekin Deligöz - den Kopftuchzwang kritisiert. Auf der Demonstration in Berlin am 21. Oktober 2006 zum Al-Quds-Tag, den von Ayatollah Khomeini nach der iranischen Revolution 1979 ins Leben gerufenen Jerusalemtag zur islamischen Befreiung der Stadt, laufen achtjährige muslimische Mädchen mit Plakaten „Kein Holocaust gegen Muslime in Nah-Ost“ oder „Zionistischer Staat Israel gefährdet den Weltfrieden“ mit. Die männlichen Demonstranten werden angeführt von einem Imam, der Arm in Arm mit dem selbsternannten Oberrabbiner der „orthodoxen antizionistischen Gemeinde“ Wien Moïse Arye Friedman von der radikalen Naturei Karta Bewegung den Kurfürstendamm entlang schreitet. Die Demonstration, zu der der Betreiber des Internetportals „Muslim-Markt“, dem türkischstämmigen schiitischen Islamisten Yavuz Özoguz Busse mit Muslimen anreisen ließ, stand unter dem Motto „Gerechter Frieden für Palästina, sichere Zukunft für die Juden“. Vordergründig scheint dieser Aufruf neutral, sieht man ihn jedoch vor dem Hintergrund dessen, was der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad einen Tag zuvor als Leitfigur des Al-Quds-Tags gesagt hat, dann wird das wahre Ziel deutlich: Israel muss von der Landkarte verschwinden.

Im Gegensatz zu Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Großbritannien beschränken sich in Deutschland antisemitische Übergriffe aus diesem Umfeld im Wesentlichen auf verbale Äußerungen. Allerdings nehmen solche verbalen Attacken in letzter Zeit vor allem im schulischen Umfeld zu und gehören unter muslimischen Jugendlichen zum Alltagsjargon. Codes wie der an die Tafel geschriebene Name „Ahmadinedschad“, wie jüngst in Berlin zu beobachten, sind wohl nicht nur Ausdruck einer provozierenden Jugendkultur, sondern

verbreiteter antisemitischer Tendenzen. Vor allem im Gruppenverhalten spielen Schimpfwörter wie „Du Jude“, aber auch Hetztiraden gegen israelische Politiker und eine angebliche jüdische Weltvorherrschaft mit einer starken Instrumentalisierung antisemitischer Verschwörungstheorien eine Rolle.

Im Schulalltag spiegelt sich der Diskurs der Gesellschaft, in dem „Juden“ mit „Israelis“ gleichgesetzt werden und alte antisemitische Vorurteile - in neue aktuelle Zusammenhänge gestellt – ein distanzierendes, wenn nicht gar ausgrenzendes Verhalten gegenüber Juden als Kollektiv spürbar werden lassen. Die Kommunikationslatenz im öffentlichen Umgang mit antisemitischen Phänomenen, also die Ablehnung über die negativen Konstrukte gegenüber Juden öffentlich zu reden, schlägt sich auch im pädagogischen Umgang mit dem Thema nieder.